



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

17. Sitzung (öffentlich)

16. September 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:40 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Fachhochschulen weiter stärken: Promotionen erleichtern 5

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/671

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/950 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 15/156

– Aussprache 5

Der Ausschuss verständigt sich auf das aus der Aussprache ersichtliche Verfahren. Die inhaltliche Diskussion wird zurückgestellt.

2 Persönlichkeitsrechte von Studierenden stärken - Arzt-Patient-Geheimnis muss auch gegenüber dem Prüfungsamt gelten 7

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 15/848

Vorlage 15/454

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/926

Vorlage 15/604

– Aussprache 7

Der Ausschuss stimmt dem sich aus dem Diskussionsverlauf ergebenden Verfahrensvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP, SPD und der Grünen bei Enthaltung durch die Fraktion der Linken zu.

3 Keine Angst vor Transparenz und Vergleichbarkeit - Landesregierung muss Fortschreibung des Innovationsberichts sicherstellen 9

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1922

– Aussprache 9

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 15/1922 wird mit Stimmenmehrheit der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken gegen das Votum der Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNGÄndG NRW) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1876

Ausschussprotokoll 15/241

– Aussprache 11

5 Gesetz zur Abschaffung der Hochschulräte 12

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2356

Und:

**Keine Schnellschüsse auf Kosten der Hochschulen –
Hochschulfreiheit erhalten und Hochschulfreiheitsgesetz
wissenschaftlich evaluieren**

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2366

– Aussprache 12

Der Ausschuss verständigt sich auf den den Behandlungsverlauf zusammenfassenden Vorschlag seines Ausschussvorsitzenden, eine Anhörung zu beschließen und sowohl zum Gesetzentwurf der Fraktion der Linken Drucksache 15/2356 als auch zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 15/2366 eine Expertenbefragung durchzuführen. Im Kreis der Obleute soll eine Verständigung auf das Tableau erreicht werden.

- 6 Früh übt sich – Begeisterung von Kindern und Jugendlichen für Wissenschaft fördern, "Junior-Unis" stärken 14**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2377
- Aussprache 14
- Der Ausschussvorsitzende stellt das Benehmen des Ausschusses her, die von der FDP-Fraktion beantragte Expertenbefragung durchzuführen. – Die Obleute werden sich auf das Tableau verständigen.
- 7 Gesetz über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine 15**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2380 i. V. m. Drucksache 15/2419
- Aussprache 15
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 15
- Aussprache 17
- Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, die vom federführenden Ausschuss zum Thema des Tagesordnungspunktes geplante Sitzung als gemeinsame Veranstaltung durchzuführen.
- 8 Neubau des Kölner Fachhochschul-Zentrums in Köln-Deutz statt in Köln-Bayenthal 19**
- Staatssekretär Helmut Dockter (MIWF) berichtet 19
- Aussprache 20
- 9 Verschiedenes 21**
- Hinweise des Ausschussvorsitzenden 21

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNGÄndG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1876

Ausschussprotokoll 15/241

Ausschussvorsitzender Arndt Klocke teilt die Verabredung aus der Obleuterunde mit, der hiesige Ausschuss als mitberatender Ausschuss werde auf eine Stellungnahme verzichten. Der federführende Ausschuss werde am 22. September abschließend beraten.

Karl Schultheis (SPD) bittet Ministerin Schulze um einen Bericht zur Wohnraumsituation Studierender vor dem Hintergrund des anstehenden doppelten Abiturjahrgangs und der Aussetzung der Wehrpflicht. Welcher Status quo sei zu vermelden? Wie sei das Haus aktiv? Der Ausschuss solle bei nächster Gelegenheit über die Wohnraumsituation für Studierende beraten.

Ministerin Svenja Schulze (MIWF) macht darauf aufmerksam, durch das Gesetz werde zum einen das Zweckentfremdungsgebot geregelt. Zum anderen sei das Benennungsrecht der Kommunen tangiert. Kommunen solle es erleichtert werden, Haushalten mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt preiswerten, geförderten Wohnraum anbieten zu können.

Die soziale Komponente sei auch aus Sicht der Studierenden interessant. Mitunter bauten nicht nur Studentenwerke, sondern auch Kommunen selber Wohnheime. Einen generellen Überblick über die Wohnraumsituation der Studierenden werde sie gerne verschaffen.

